

Inhaltlicher (modifizierter) Antrag der Fraktionsgemeinschaft Die Linke/Piraten vom 30.11.2015

Vorschläge für Zusatzantrag zu KDU-Berechnungskonzept

Wir plädieren dafür, die Variante A als **Übergangslösung** zu beschließen, um ein neues schlüssiges Angemessenheitskonzept zu entwickeln.

Die Stadt richtet dazu eine Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretern der Fraktionen und Gruppen des Gemeinderates, der Stadtverwaltung, der GGH, der Sozialverbände und des Mieterbundes ein.

In der Stadtverwaltung wird diese Tätigkeit im Amt für Stadtentwicklung und Statistik angesiedelt. Sie ist Bestandteil der Konzepterstellung des „Handlungsprogramms Wohnen“.

Die Verwaltung wird zudem beauftragt, eine Übersicht über den tatsächlichen Bedarf, Bestand sowie das Angebot auf dem Wohnungsmarkt an angemessenen Wohnraum zu erstellen und der Arbeitsgruppe zuzuarbeiten.

Der Auftrag der Arbeitsgruppe ist es, im Auftrag des Gemeinderates ein neues Angemessenheitskonzept zu entwickeln. Die Prämissen zur Erstellung des Angemessenheitskonzeptes sind:

- die Versorgungssicherheit garantieren und Segregation abbauen statt verschärfen
- Verwendung des Mietspiegel als Basisgrundlage und Beachtung der gesetzlichen Vorgaben (z.B. Anwendung der Produkttheorie)
- Sicherstellung der Validität des Angemessenheitskonzept durch regelmäßig ermittelte Abgleiche mit dem Heidelberger Wohnungsmarkt und entsprechende Anpassung